

Lektionen aus der Vergangenheit

Dr. Ralph Ghadban

Tagung- LKA-Mainz, den 28.04.2015

Vor vierzig Jahren am 13. April 1975 begann der Bürgerkrieg im Libanon und hat bis heute nicht aufgehört. Der 22. Versuch, einen neuen Präsidenten für das seit einem Jahr (25. Mai 2014) vakante Amt zu wählen, ist letzte Woche gescheitert. Wenige Monate nach Ausbruch des Bürgerkrieges tauchten über das Schlupfloch in der Berliner Mauer die ersten Libanon-Flüchtlinge in West-Berlin auf. Über Ost-Berlin sollten in den folgenden Jahren drei Viertel aller arabischen Flüchtlinge in den Westen einreisen.

Am Beispiel dieser Flüchtlinge und der Ausländerpolitik werde ich zeigen, wie die Politik den Rahmen für Desintegration, Gewalt, Paralleljustiz und Terrorismus geschaffen hat. Eine erfolgreiche Präventionsarbeit hat diesen Rahmen zu berücksichtigen.

Man kann die Ausländerpolitik in zwei Phasen einteilen. In der ersten Phase, die bis Ende der 80er Jahre geht, wurden die Ausländer ausgegrenzt. Integrierbar war eine kleine Minderheit, der Rest sollte in die Herkunftsländer zurückkehren. In der zweiten Phase breitete sich die Ideologie des Multikulturalismus aus und die gesellschaftliche Organisation der Ausländer, die nun Migranten hießen, erfolgte immer mehr nach kommunitaristischen Prinzipien. Wir sprechen in Deutschland von Parallelgesellschaften.

In den 60er Jahren wurden Gastarbeiter nach dem Rotationsprinzip angeworben. Ein dauerhafter Aufenthalt sollte vermieden werden, weil Deutschland angeblich kein Einwanderungsland war und deshalb existierte keine Integrationspolitik. Nach dem Anwerbestopp von 1973 änderte sich der Charakter der Migration. Die Familienzusammenführung rückte in den Vordergrund und die Arbeitsmigration versteckte sich unter dem Deckmantel des Asyls. Beide zielten auf eine dauerhafte Niederlassung und gehören zur Siedlungsmigration. Diese Entwicklung hat die Politik nicht voll wahrgenommen, bis heute haben wir kein Einwanderungsgesetz.

Das Asylrecht im Grundgesetz war für Europäer gedacht und tatsächlich waren es Flüchtlinge aus dem Ostblock, die es beanspruchten. Ihre Zahl war gering, ein bis drei Tausend jährlich, und seit dem Beschluss der Innenministerkonferenz von 1965 erhielten sie gleich einen Aufenthalt ohne Asylverfahren. Diese Situation änderte sich mit der Ankunft von Flüchtlingen aus dem Libanon und zur selben Zeit auch aus Sri Lanka. Zum ersten Mal kamen Flüchtlinge aus der Dritten Welt, die vor einem Bürgerkrieg flüchteten; darauf war die Flüchtlingspolitik nicht vorbereitet.

Artikel 16 GG ist für die individuelle politische Verfolgung von Seiten des Staates gedacht und dies liegt bei den Bürgerkriegsflüchtlingen nicht vor, weil die Binnenflucht vor einer feindlichen zu einer befreundeten Partei theoretisch möglich ist. So entschieden auch die Gerichte; über 90% der Asylanträge wurden abgelehnt, aber die Abschiebung wegen der Genfer Flüchtlingskonvention ausgesetzt und die Flüchtlinge geduldet. So entstanden die Hunderttausende von de facto Flüchtlingen mit unsicherem Aufenthalt und prekären Lebensverhältnissen. Die Politik verstand das Phänomen der Flucht vor dem Bürgerkrieg nicht und unterstellte den Flüchtlingen wirtschaftliche Fluchtmotivationen. Sie sprach von „Scheinasylanten“ und „Wirtschaftsasylanten“.

Die ein Viertel Million bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge Anfang der 90er Jahre (1992-1995) trugen zur Klärung ihres Status bei, der seitdem im Ausländergesetz anerkannt ist. Dreißig Jahre später haben wir dieselbe Diskussion mit dem Unterschied, dass Wirtschaftsflüchtlinge nicht gegen politisch Verfolgte ausgespielt werden, sondern gegen Bürgerkriegsflüchtlinge. Anders auch ist das Ausmaß der Flucht, 2014 kamen über 200.000 Flüchtlinge, in diesem Jahr werden über 300.000 erwartet und eine Million soll im Moment in Nordafrika auf die Überfahrt nach Europa warten. Das ist keine Flucht, sondern eher eine Völkerwanderung. Flüchtlingsheime brennen wieder, Erinnerungen an Rostock Lichtenhagen und Hoyerswerda werden wieder wach.

Nach dem Anwerbestopp wurde eine Politik der Verdrängung der Gastarbeiter aus dem Berufsleben sowie der Erschwerung des Familiennachzuges betrieben. So dürfen z.B. eingereiste Jugendliche nach dem 1.12.1974 die besondere Arbeitserlaubnis nicht mehr erhalten. Die wäre notwendig für eine Ausbildung. Auch die geduldeten Jugendlichen dürfen keiner Ausbildung nachgehen. Nach der Verschärfung des Asylrechtes 1982 bestand für sie nicht einmal die Schulpflicht, weil Deutschland während der Dauer des Asylverfahrens, die sich bis zu acht Jahren in die Länge hinzog, nicht ihr gewöhnlicher Aufenthaltsort war. Eine Generation von Analphabeten und Unqualifizierten wurde erzeugt und drängte bald auf den Arbeitsmarkt ohne reale Berufschancen.

Diese Verschärfung der Gesetze zielte auf Abschreckung ab. Der Aufenthalt in Deutschland sollte so unattraktiv wie möglich gestaltet werden, um die Wirtschaftsflüchtlinge fern zu halten. So wurde ein Arbeitsverbot von einem Jahr, dann zwei und schließlich fünf Jahren verhängt. Die Flüchtlinge wurden in Sammelunterkünften untergebracht und mit Naturalien versorgt. Danach bekamen sie anstatt Geld Wertgutscheine, die sie in bestimmten Geschäften einlösen konnten. Damit wurden die Flüchtlinge an den Rand der Gesellschaft gedrängt und warteten auf ihre Abschiebung. Für die Gastarbeiter wurden Rückkehrförderungsprogramme angeboten, damit sie Deutschland endgültig den

Rücken kehren. Bekanntlich ist die Politik der Rückkehr und der Abschiebung gescheitert. Die Ausländer sind im Lande geblieben, unerwünscht, ausgegrenzt und voll von Ressentiment.

Im Januar 1979 siegte die islamische Revolution im Iran und im Dezember marschierte die sowjetische Armee in Afghanistan ein. Muslime kämpften an zwei Fronten gleichzeitig, gegen den Imperialismus und den Kommunismus. Das bislang rückständige Bild des Islam änderte sich schlagartig und wirkte nun emanzipatorisch. Das Bild der heldenhaften *Mudjahidin* überflügelte die Fantasien der Menschen und wirkte attraktiv gerade auf die zweite Generation von Muslimen, denen das Gastland immer noch eine deutsche Identität verwehrte. Sie wandten sich von ihm ab und begannen eine islamische Identität zu entwickeln.

Die erste Gastarbeitergeneration hatte die Diskriminierung hingenommen, weil sie nicht beabsichtigte, im Lande zu bleiben. Ihre Kinder dagegen waren hier aufgewachsen und betrachteten Deutschland als ihr Land. Auf die Ausgrenzung antworteten sie mit der Selbstabgrenzung und suchten eine islamische Identität, die dies am stärksten betonte. Sie fanden sie bei den islamistischen Vereinen, die eine antiwestliche Ideologie pflegten. Diese steigerten das Selbstwertgefühl der Jugendlichen, indem sie ihnen lehrten, dass sie im Besitz der einzig wahren Religion seien und boten ihnen Solidarität und Geborgenheit in einer Gemeinschaft an, die angeblich die beste, die Gott erschaffen hat, war.

Auf den Ethnonationalismus der Deutschen antwortete diese Generation mit der Überlegenheit ihrer muslimischen Identität. Infolge dessen erfuhren die islamischen Vereine einen großen Zulauf, die säkularen dagegen, hauptsächlich studentische türkische Vereine und Organisationen, verloren an Bedeutung und viele türkische Arbeitervereine verwandelten sich in Moscheevereine. Im Jahre 1984 wurde der erste islamische Dachverband gegründet. Das war der von Milli Görüş dominierte Islamrat. Milli Görüş ist das Pendant der arabischen Muslimbruderschaft in der Türkei und vertritt denselben politischen Islam.

Die Araber, die hauptsächlich aus Libanon-Flüchtlingen bestanden, waren am Anfang dankbar, in Deutschland Zuflucht gefunden zu haben, weil alle arabischen Länder außer Syrien ihre Grenzen vor ihnen gesperrt haben. Die politische arabische Landschaft war vom Palästina-Konflikt beherrscht und richtete sich nach den verschiedenen palästinensischen Organisationen. Diese waren mehr oder weniger säkular orientiert und sorgten für eine säkulare Sittlichkeit, die darauf zielte, die Unterstützung der Deutschen zu gewinnen. Schließlich war die internationale Solidarität von großer Bedeutung für das Anliegen der Palästinenser. So hatte die PLO seit dem Massaker an der israelischen olympischen Mannschaft in München 1972 dafür gesorgt, dass in Deutschland Ruhe herrscht und sich kein Terrorismus entfaltet.

Diese stabilisierende Struktur zerfiel 1982 nach der israelischen Invasion im Libanon und der Vertreibung der PLO aus Beirut. Die PLO wurde machtlos und finanziell schwach. Neue Kräfte stiegen auf, die islamistisch waren: Hisbollah und Hamas. Nachdem Syrien die nationalen und linken libanesischen Parteien entwaffnet hatte, führte die Hisbollah fast allein den Kampf gegen die israelische Besatzung und konnte sich anstelle der PLO profilieren. Mit dem Ausbruch der ersten Intifada in Israel und den besetzten Gebiete im Dezember 1987 wurde die Hamas gegründet, bei der zweiten Intifada (2000-2005) spielte sie eine zentrale Rolle und ein Jahr später 2006 gewann sie die Wahlen gegen die PLO.

Ihre Vorbilder suchten sich die jungen Araber nicht mehr bei den Organisationen der PLO, sondern bei Hisbollah und Hamas. Die internationale Solidarität interessierte diese Organisationen nicht und die Mobilisierung ihrer Anhänger fand auf der Basis des politischen Islams der Muslimbrüder und des Khomeinismus statt. In meiner Jugendarbeit konnte ich Ende der 80er eine Abwendung der Jugendlichen von Deutschland feststellen. Eine Integration in der hiesigen Gesellschaft war nicht mehr erstrebenswert. Die Zahl der Moscheegemeinden wuchs und im Jahre 1994 wurde ein zweiter islamischer Dachverband gegründet, der von den arabischen Muslimbrüdern dominierte Zentralrat der Muslime in Deutschland.

In Westberlin haben sich seit Anfang der 80er Jahre zwei säkular orientierte Projekte um die soziale Versorgung der Araber gekümmert. Ihre Schulen besuchten circa 1.000 Kinder und Jugendliche. Im Jahre 1994 waren sie verschwunden. Stattdessen versorgten Ende der 90er Jahre acht islamische Zentren die Gemeinde. Ihre Schulen besuchten acht- bis zehntausend Kinder und Jugendliche. Wie bei den islamischen Zentren und Moscheevereinen der Türken haben sie neben den erzieherischen auch Aufgaben der Sozialarbeit übernommen. Alphabetisierung, Computerkurse, Jugendarbeit, Sport, Frauenarbeit und Familienberatung gehörten nun zu ihren Aufgaben und beruhten auf einem islamistischen Schariaverständnis. Die Zentren bildeten das Gerüst der Parallelgesellschaft. Bei den Arabern üben sie einen gewaltigen sozialen Druck aus. Früher selten zu sehen, verbreiteten sich während der zweiten Intifada ab 1992 die Kopftücher wie ein Feuerbrand. Heute findet man selten eine Araberin ohne Kopftuch.

Diese Entwicklung wurde durch die Verbreitung des Multikulturalismus als angebliches Modell zur Integration begünstigt. Die Welle der Angriffe auf Ausländer und Flüchtlinge nach dem Fall der Mauer erschreckte die deutsche Gesellschaft, die sich dann gegen die Diskriminierung erhob. Am 8. November 1992 demonstrierten in Berlin 350.000 Menschen und im Dezember 300.000 in München gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit. Die Haltung den Ausländern gegenüber in der Öffentlichkeit und in der Politik begann sich zu ändern. Anstatt Ablehnung war nun Akzeptanz angesagt. Man solle die andere Kultur respektieren und akzeptieren. Eine Politik der

Anerkennung setzte sich langsam durch und die Grünen haben 1989 als erste und einzige Partei den Multikulturalismus in ihr Programm aufgenommen. Diese Ideologie hat aber alle Parteien durchdrungen, so dass in den 90er Jahren weitgehend eine multikulturalistische Politik betrieben wurde, wie übrigens überall in Europa.

Für viele, die ihn benutzen, ist der Begriff Multikulturalismus unklar. Sie verwechseln einerseits Multikulturalität als empirisch feststellbare Realität infolge der Migration, die wohlgernekt seit Beginn der Arbeitsmigration in den 50er Jahren existiert und andererseits Multikulturalismus als Ideologie, die aus der politischen Philosophie Ende der 70er Jahre entstammt und deren Hauptideologe der Kanadier Charles Taylor ist. Daher sagen viele Menschen Multikulti und meinen eigentlich den alten klassischen demokratischen Pluralismus.

Es handelt sich um zwei grundsätzlich verschiedene Auffassungen von Gesellschaft. Der demokratische Pluralismus bedeutet die Vielfalt in jeder Hinsicht aber auf der Basis eines gemeinsamen Nenners, nämlich der Menschenrechte, was der kulturellen Anerkennung Grenzen setzt. Polygamie und häusliche Gewalt z.B. werden nicht akzeptiert, im Gegenteil werden sie bestraft. Multikulturalismus bedeutet die Akzeptanz der Vielfalt aber in ihrer ganzen Bandbreite und die Aufforderung an die Politik, die Gleichwertigkeit verschiedener kultureller Identitäten und Lebensweisen anzuerkennen. Im ersten Fall entsteht eine integrierte Gesellschaft mit einem solidarischen Gemeinwesen, im zweiten Fall eine segmentierte Gesellschaft mit divergierenden kommunitaristischen Interessen. Die Menschenrechte als gemeinsame Basis werden im Namen der Gleichheit der Kulturen relativiert, sie wären eine Errungenschaft des Westens und nicht allgemein gültig. An die Stelle des Universalismus tritt der Kulturrelativismus.

Welche Kulturen sollte nun die Politik anerkennen? Die ethnischen Kulturen der Polen, Russen, Spanier, Italiener, Franzosen, Arabern oder Türken? Nein, weil durch die Akkulturation vieles schon ein Bestandteil der deutschen Kultur geworden ist. Bei vielen Deutschen, wenn sie deutsch kochen, ist das Ergebnis italienisch. Der türkische Döner hat in Berlin die klassische Curry-Wurst überholt und die arabischen Falafel dürfen in keinem vegetarischen Menü fehlen. Nicht nur kulinarisch, sondern auch in der Gestaltung der Freizeit und der zwischenmenschlichen Beziehungen ist die Lebenslust des Mittelmeers eingezogen. Als ich im April 1973 nach West-Berlin kam, gab es Straßencafés fast nur am Kudamm, jetzt sind sie überall an jeder Ecke präsent. Selbst im Winter bleiben die Tische draußen und auf die Stühle werden Decken, in der Regel rote, gelegt. Die Deutschen sind vom Trottoir nicht mehr weg zu fegen. Die hartarbeitenden Deutschen haben gelernt, das Leben zu genießen.

Die einzigen, die einen Anspruch auf kulturelle Anerkennung erheben, sind die Muslime oder besser gesagt diejenigen von ihnen, die die Religion als identitätsstiftend sehen und einer islamischen Lebensweise sowohl privat als auch öffentlich nachgehen. Viele Muslime betrachten ihre Religion als Privatsache und wollen nicht als solche wahrgenommen werden. Sie werden aber von der Multikulti-Politik stigmatisiert. Diese Politik der Anerkennung bedeutete, eine Öffnung der Gesellschaft für die Partizipation der Muslime, diese Partizipation gestaltete sich jedoch kulturell. Überall wurden runde Tische errichtet, an denen Deutsche und Moscheevertreter debattierten. Man wollte überall auf Augenhöhe sein. Besonders in Schwung kam der interreligiöse Dialog, der sich schnell zu einer Industrie entwickelte.

Für die Integration wurde kaum etwas getan und die Politik war sogar froh darüber, dass die Moscheevereine sie von manchen Aufgaben entlasteten, indem sie auf eigene Kosten und in eigener Regie erzieherische und soziale Projekte durchführten. Einen Nebeneffekt erwartete die Politik auch davon, nämlich die Befriedung der Jugendlichen. Mitte der 80er Jahre brach die Jugendgewalt aus, arabische und türkische Jugendbanden entstanden, angeblich um Neonazigefahren abzuwehren, entwickelten aber ihre eigene Dynamik.

Die Politik erhoffte sich, dass die Anbindung der Jugendlichen an die Moscheen zu ihrer Beruhigung führt. Ihre Einschätzung des Islam erwies sich, wie wir es jetzt wissen, als falsch. Mehrere Untersuchungen zeigen, dass mehr Frömmigkeit bei muslimischen Jugendlichen zu mehr Gewaltbereitschaft und mehr Desintegration führt. Die Religion per se leistet keinen Beitrag zum Frieden. Man muss genau schauen, was die Religion vermittelt und das war nicht der Fall vor dem 11. September. Man war blauäugig und nahm den Islamismus nicht ernst. So konnten die islamistischen Vereine ihre Infrastruktur quasi mit der Unterstützung des Staates ausbauen.

Die Libanon-Flüchtlinge, die am Rande der Gesellschaft standen, konnten ungeniert ihre mitgebrachten hauptsächlich tribalen Verhältnisse reproduzieren und verbarrikadierten sich in ihren ethnischen Gemeinschaften. Die Übernahme islamistischer Ideologien stand nicht in Konflikt mit ihrem Kommunitarismus, im Gegenteil sie rechtfertigten ihre Distanz zur Mehrheitsgesellschaft. Trotzdem wurden sie wegen des unsicheren Status und der Marginalisierung zu einem menschlichen Problem, die Politik erfand das Instrument der Altfallregelung, um sie doch zu integrieren und erteilte ihnen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse. Aufgrund einer Berliner Regelung, wonach ein zwölfjähriger Aufenthalt den Flüchtlingen eine erleichterte Einbürgerung ermöglichte, wurden viele deutsche Staatsbürger. Die Regelung wurde 1994 abgeschafft.

Entgegen aller Erwartungen kehrten die meisten Libanon-Flüchtlinge nicht in die Mehrheitsgesellschaft zurück. Sie blieben in ihren Gemeinschaften eingekapselt, nutzten die Vorteile des neuen Aufenthaltsstatus aus und versuchten von der Gesellschaft zu profitieren, sie betrachteten sie als Beutegesellschaft. Die Freizügigkeit ermöglichte ihnen einen Anschluss an die internationale Kriminalität, sprich Drogenhandel, zu finden. Die Großkriminellen wurden ein Vorbild für die junge Generation, indem sie ihr zeigten, dass der Weg zu Macht und Reichtum durch Kriminalität viel kürzer sein kann als der unsichere Weg eines rechtschaffenen Lebenswandels nach dem Gesetz. Das Buch der Jugendrichterin Kirstin Heisig „Das Ende der Geduld“ beschreibt detailliert deren Situation.

Die Kriminalitätsraten dieser Gruppen schossen in die Höhe und führten die Statistiken an. In ihren Vierteln war die Polizei machtlos. Die Gruppen entdeckten die Vorteile einer solidarischen Großfamilie in einer individualisierten Gesellschaft. Wer sich mit einem von ihnen anlegt, hat den ganzen Clan am Hals und muss mit Einschüchterung, Erpressung und Gewalt rechnen. Noch bedenklicher war die Entwicklung einer Paralleljustiz, die hauptsächlich für die Lösung der Konflikte zwischen den Clans gedacht war. Sie geht an unserem Rechtssystem vorbei und höhlt es aus. Die Clans terrorisieren inzwischen ganze Viertel und auch manche Städte.

Die Öffnung der deutschen Gesellschaft seit Anfang der 90er Jahre erreichte 1999 einen Höhepunkt mit der Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913. Hier wieder waren die Hoffnungen auf Integration sehr groß. Dann kam der 11. September 2001 und mit ihm kam das Erwachen; ein Teil der Attentäter darunter die Anführer stammten aus Deutschland und wurden in den Moscheen radikalisiert. Man stellte fest, dass die Öffnung der deutschen Gesellschaft nicht zur Integration der Muslime geführt hat, sondern zu ihrer Abkapselung und Desintegration. Es war klar, dass eine Segmentierung der Gesellschaft stattgefunden hat. Die muslimische Parallelgesellschaft war eine Realität.

Frau Merkel erklärte den Multikulturalismus für gescheitert, setzte aber für die Integration des Islam wieder auf Multikulti. Parallel zu einem Integrationsgipfel, der eigentlich allein für die Integration aller Bürger zuständig wäre, ließ sie 2006 eine Islamkonferenz einberufen. Dieser Schritt entsprang Sicherheitsüberlegungen und beabsichtigte, den Islam unter Kontrolle zu bringen. Dabei wurde die inzwischen stark gewachsene Macht der Verbände unterschätzt. Und sie sind diejenigen, die jetzt die Politik unter ihre Kontrolle bringen. Die vier großen islamischen Verbände haben sich in einem Koordinationsrat der Muslime (KRM) zusammengetan und es praktisch geschafft, die alleinigen muslimischen Ansprechpartner des Staates zu werden.

Angetrieben von Sicherheitsbedenken begeht die Politik dieselben Fehler wie in den 90er Jahren. Anstatt Integration wird wieder eine Politik der Partizipation betrieben. Und alle Parteien wetteifern untereinander auf diesem Weg. Integration setzt eine Anpassung an die Regeln des demokratischen Rechtsstaates voraus, Partizipation heißt dagegen bedingungslose Teilnahme an Staat und Gesellschaft, was praktisch eine Anpassung des Rechtsstaates an andere Normen bedeutet. Das illustriert am besten das Beispiel des Religionsunterrichtes.

Ausgehend von den verfassungsrechtlichen Vorgaben der Fürsorgepflicht des Staates hat die Politik den Islamkunde-Unterricht eingeführt, um den religiösen Bedürfnissen der Muslime entgegenzukommen. Das war ein Schritt in die richtige Richtung, so lange es keine anerkannten islamischen Religionsgemeinschaften gibt. Dann verließ die Politik den Boden der Staatsneutralität und mischte sich noch tiefer in religiöse Angelegenheiten ein. Sie machte in manchen Ländern aus dem Fach Islamkunde ein Bekenntnis orientiertes Pflichtfach und holte die Islamischen Verbände in Beiräte, die die Funktion anerkannter Religionsgemeinschaften ohne rechtliche Anerkennung erfüllen. Das alles geschah unter dem Namen von Übergangsregelungen. Das erinnert an einen französischen Sozialisten, der vorschlug, das Gesetz des Laizismus von 1905 wegen der Muslime für fünf Jahre außer Kraft zu setzen.

Selbst in der Prävention wird in den Berichten des Verfassungsschutzes peinlich genau zwischen Islam und Islamismus unterschieden. Aber nirgendwo erfährt man, was der Islam sei. Diese Fiktion ist nicht auf die Qualität der Verfassungsschützer zurückzuführen, weil seit dem 11.September eine Vielzahl von Islamwissenschaftlern angestellt wurde. Sie ist, meine ich, der Politik verschuldet und erfüllt offensichtlich einen bestimmten Zweck, nämlich die Verbände reinzuwaschen, damit sie als anständige Partner des Staates auftreten können. Wie kann man sonst die Ankündigung mancher Länder verstehen, die Beobachtung von Milli Görüş einzustellen? Was hat sich geändert? Oder sollte man besser fragen: Wer hat sich geändert? Die islamischen Verbände bestimmt nicht.